

zuletzt täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf. (möglichst frei ins Haus), zu den Abschaffungen und der Expedition abgeholt 20 Pf.
Biertäglich
90 Pf. frei ins Haus,
80 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
100 Pf. pro Quartal, mit
Briefträgerbesteigeld
1 M. 40 Pf.
Sprechstunden des Redakteurs
11—12 Uhr Vorm.
Kettwigerstrasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Mittel gegen die Kohlennoth.

Eine merkwürdige Uebereinstimmung findet sich in Bezug auf die Mittel zur Beseitigung der Kohlennoth in Kreisen, die sonst sehr wenig mit einander gemein haben. Sowohl das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Dtsche Tageszeitung“, als auch das Hauptorgan der Socialdemokratie haben sich in letzter Zeit wiederholt für die Verstaatlichung des Kohlenbergwerke erklärt. Dem entsprechend auch Gesinnungs-

genossen aus beiden Lagern.

So erklärte sich eine „Festschrift von hochgeschätzter Seite“ aus Westfalen entschieden für Verstaatlichung der Bergwerke als „einen Schritt zur Erfundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse“. Diese „hochgeschätzte Seite“ sieht in einer „nationalen“ Wirtschaftspolitik die Rettung gegen „das Streben nach einer weiteren ungefundenen und planlosen Entwicklung unserer Export-Industrie“. Dieses Streben nach Export, welches von der Börse unterstützt werde, sei die Wurzel aller Übel. Dazu bei dieser Gelegenheit des verhafteten zweiten Kanzlers des Reiches, des Grafen Caprivi, gedacht wird, ist nicht weiter verwunderlich. Verlangen könnte man aber von den Herren, dass sie, wenn sie den Grafen Caprivi citieren, sich wenigstens die Mühe geben, das anzuführen, was er wirklich gesagt hat und ihm nicht Aussprüche unterziehen, die er nicht gehabt hat. So erzählt diese „hochgeschätzte Seite“ aus Westfalen von der mancherlichen Weisheit des Caprivil'schen Ausspruches: „Deutschland muss ein Industriestaat ersten Ranges werden.“ Von diesem Ausspruch hätten sich unsere sonst gut schuhkönnnerischen Industriellen berauschen lassen. Wie lautet der bekannte Caprivil'sche Ausspruch in Wirklichkeit? In der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1891 erklärte er:

„Man hat gesagt, Deutschland wäre Industriestaat geworden, und ich bin auch nicht abgeneigt, diesen Ausdruck anzunehmen, insofern als die Industrie fortwährend im Steigen ist und fortwährend an Bedeutung für den Staat gewinnt. Es ist ein charakteristischer Unterschied zwischen der Industrie und der Landwirtschaft, dass die Landwirtschaft eines Staates nur bis zu einem gewissen Grade steigerungsfähig ist, weil sie vom Grund und Boden abhängt. Man kann intensiver wirtschaften, und ich zweifle nicht, dass aus unserem Grund und Boden noch mehr herauszuwirtschaften ist, als es bis jetzt geschieden; aber es bleibt immer derselbe Grund und Boden, auf dem gewirtschaftet werden muss. Die Industrie dagegen ist abhängig von den Absatzmärkten. Erweitert man ihr dieselben, wie wir das durch diese Verträge wollen, so kann sich auch die Industrie erweitern, und es ist fürs erste kein Ende in dieser Beziehung abzusehen, sofern nur die Möglichkeit eines lohnenden Verkaufes ihrer Fabrikate für die Industrie da ist. Handel und Industrie sind und bleiben die wesentlichsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht und cultureller Bedeutung.“

Was Graf Caprivi in diesen Worten dargelegt hat, ist nichts, als eine Hervorhebung der thätzlichen Verhältnisse, welche sich nun einmal nicht in ihr Gegentheil verkehren lassen. Die letzten Sätze enthalten dieselben Grundwahrheiten, welche schon der Große Kurfürst bei seiner Politik als Richtschnur nahm.

Ganz derselben Meinung in Bezug auf die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke ist auch der „Vorwärts“ und die andere socialdemokratische Presse. Freilich ist die Begründung eine etwas andere. Für die Socialdemokratie ist die gegenwärtige Ausdeutung insbesondere der Arbeiter

durch ungemessen hoch getriebene Kohlenpreise lediglich ein schlagender Beweis für die Schädlichkeit des Privateigentums überhaupt und dessen Abschaffung liegt im Interesse der Gesamtheit. Die Socialdemokratie verlangt natürlich nicht nur die Expropriation der Bergwerksbesitzer, sondern auch der ländlichen Grundbesitzer. Was für den „Kohlenwucher“ gilt, gilt nach der Meinung der Socialdemokratie auch für „den Brodwucher“ und „den Fleischwucher“.

Man sieht, dass es wichtige Gebiete gibt, auf denen sich diese extremen Flügel nahe berühren. Dass die Consequenzen der Anschauungen, wie sie auch auf diesem Gebiet von Organen des Bundes der Landwirthe zur Geltung gebracht werden, zur Verstaatlichung des Grund und Bodens führen müssen, ist oft genug auch von conservativen Politikern hervorgehoben worden. Und das sind dieselben Leute, mit denen zusammen ja die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik gemacht werden soll. „Armes Deutschland!“ — so ruft schmerzerregt Herr Bueck, der Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller in der „Deutschen Industriezeitung“ aus und wir können ihm diesen Schmerz nachempfinden.

Als der Dritte zu diesem Bunde hat sich in einer jüngst stattgefundenen Berliner Versammlung, welche über die Kohlennoth verhandelte, noch der antisemitische Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel gemeldet, auch er hat sich für die Verstaatlichung der Bergwerke erklärt.

Indes so wertvoll auch diese Offenbarungen gleicher Anschauungen von Männern aus ganz verschiedenen Lagern auf wichtigen Gebieten sind — sie haben für heute und für absehbare Zeit nur einen theoretischen Werth. Und selbst wenn das Ideal verwirklicht werden könnte, ist es nicht derselbe Staat, dem Herr Bebel und seine Freunde die Kohlenbergwerke in die Hand geben wollen und dem Herr Bebel den Vorwurf macht, dass er zum Schaden der Armeren den 5 Mark-Kornzoll eingeführt und Jahre lang aufrecht erhalten hat, derselbe Staat, der auf den Eisenbahnen eine Tarifpolitik befolgt, welche nicht geeignet ist, der Kohlennoth zu steuern? Seit Monaten wird über diese Frage verhandelt. Es ist eine besondere Commission von Tariftechnikern eingesetzt, welche jedenfalls Monate lang schon arbeitet. Es wäre nun doch endlich Zeit, dass die Staatsregierung sich über diese brennende Frage schlüssig macht und zwar hoffentlich in dem Sinne, in welchem sich der westpreuß. Städtetag in Uebereinstimmung mit dem westpreußischen ländlichen Genossenschaftstage ausgesprochen hat.

Ein Kohleausfuhrverbot, wie es von einigen Seiten gefordert wird, ist ganz unausführbar, wenn auch thätzlich die Ausfuhr an Kohlen im ersten Halbjahr 1900 diejenige derselben Zeitraumes von 1899 um 14½ Mill. Doppelcentner übersteigen hat. Unglaublich erscheint die in der Presse gemachte Andeutung, dass seitens unserer (staatlichen?) Kohlenbergwerke nach Oesterreich Kohlen zu billigeren Preisen geliefert sind, wie nach dem Innlande, und dass erst kürzlich in dieser Beziehung eine Änderung eingetreten ist. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Kohlenntheuerung scheint übrigens noch größere Dimensionen annehmen zu sollen. Nach einer Nachricht der „Schles. Ztg.“ aus zuverlässigen Waldenburger Quellen beabsichtigen sämtliche Grubenverwaltungen des Waldenburger Bergwerksbezirks vom 1. September d. J. ab die Kohlenpreise wiederum um 5 Pf. für den Centner zu erhöhen. Thätzlich haben nach einem Telegramm der „Berl. N. N.“ verschiedene Grubenverwaltungen die Kohlenpreise für den Centner um 11 Pfennige erhöht.

Denken Sie sich, die geschiedene Frau hat geschrieben. Sie will ihr Kind haben.“

„Das erwartete ich immer“, sagte Flore traurig, sie ist ein leichtsinniges und in gewissem Sinne auch herzloses Geschöpf . . . aber sie wusste wohl selbst nicht, was sie sich antat, als sie freiwillig ihr Kind verließ. Jetzt bricht die Reue und das bessere Gefühl durch.“

„Asti war ganz empört. Sie war mit ihrem Vater zu Pferde hier. Der Graf wollte meines Mannes Entemascchine sehen, sie kam nur, um mir ihr Herz auszuschütten. Die fünf Comtessen sehen in der Forderung weiter nichts, wie eine bodenlose Recktheit, eine ganz unbegreifliche Arroganz. Wie darf sie es wagen, uns überhaupt zu schreiben! sagte Asti. Die guten Mädchen haben da kein Verständnis.“

„Was wird geschehen?“ fragt Flore gespannt. „Unglüchliches Geschöpf. — kein Gedanke daran, dass sie es bekommt. Sie kann auch nichts thun. Die Sache liegt so klar und Asti hat schließlich auch Recht, wenn sie sagt: Gott denn die Comtesse Marie Géner unter den Ballerinen eines Wiener Vorstadtheaters aufwachsen?“

Auf der Rückfahrt lehnte Flore schweigend im Wagen und ließ Harry schwören. Von den weißgelben, zum Theil schon abgeernteten Feldern zog's wie ein heißer, kräftiger Brodgeruch herüber, die sinkende Augustsonne brütete über der von Höhen umschlossenen Ebene. Flores Phantasie arbeitete mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit. Die vollkörnigen, tiefgezogene Aehren, die im Windhauch raschelten, verwandelten sich in Schnee, eine weite, eisige Schneefläche ringsum und durch diese unwirtliche Ode Landschaft unten bleigrauen Himmel sah sie im Geist eine dunkle Frauengestalt pilgern müde, stehend, ein Tuch über die roten Haare gebunden, die dünnen Schuhe voll

Zurück von Peking.

Nicht kritisch, aber auch keineswegs rosig ist die diplomatische Situation bezüglich des chinesischen Problems. Die Diversion Russlands, das plötzlich mit seinem Vorschlag zur Räumung Pekings hervorgetreten ist, ist nur zu sehr geeignet, im Concert der Mächte Dissonanzen zu erzeugen. Diese Anregung kann ebenso überraschen, wie ihre Begründung wenig überzeugend ist. Der Marsch nach Peking hat unbestreitbar in erster Reihe der Befreiung der belagerten Gesandten und Ausländer gegoßen, insofern wie er seinen Zweck erfüllt. Aber der Marsch hatte noch einen anderen Zweck, den der Züchtigung der Chinesen und der Mürbemachung der chinesischen Machthaber zur Unterwerfung unter den Willen der Mächte. Die Kaiserin-Witwe und ihre Berater haben sich rechtzeitig von Peking zu flüchten und in Sicherheit zu bringen gewusst, und das erschwert natürlich die Erreichung des zweiten Ziels des Juges nach Peking. Aber es fällt schwer, zu glauben, dass die Räumung Pekings die Mächte diesem Ziele näher bringen könne. Iwar wird geltend gemacht, nur die Rückkehr der Kaiserin-Witwe und ihrer Berater nach der Hauptstadt ihres Reiches könne der chinesischen Regierung jene Autorität dem eigenen Volke gegenüber wiedergeben, die sie haben muss, wenn Verhandlungen mit ihr einen Zweck und Sinn haben sollen. Allein die Medaille hat auch ihre Reversseite: die Gefahr liegt nahe, dass die Chinesen in der Räumung Pekings durch die verbündeten Truppen ein Zeichen des Unvermögens der Mächte erkennen werden. Chinas militärisch Herr zu werden, und es könnte leicht geschehen, dass die Mächte sich in ein paar Wochen gewussten seien würden, den Chinesen diesen Irrwahn mit drastischen Mitteln auszutreiben. Das erste Mittel könnte doch nur ein abermaliger Marsch nach Peking sein, und wer weiß, ob dieser sich dann ebenso verhältnismäßig leicht durchführen lassen würde, wie der erste.

Die militärische Begründung des russischen Vorschlags ist wenig überzeugend. Gewiss hat es augenblicklich seine Schwierigkeiten, die rückwärtigen Verbindungen der Truppen in Peking gegen die das ganze Land durchziehenden Boxerschaaren zu schützen, aber man sollte doch meinen, wenn ein paar Hundert Menschen sich zwei Monate lang in den Gesandtschaften zu Peking das Andranges der chinesischen Truppen und der Bojer zu erobern vermöchten, bis der Entsatz herankommt, dann müssten doch die etwa 15 000 Mann Soldaten mit zahlreicher Artillerie sich in Peking halten können, bis die unterwegs befindlichen, zum Theil schon nahe beim Ariegschauplatz angelangten deutschen und sonstigen Truppen verstärkungen ihnen die Hand reichen können.

Man kann sich eben nicht des Verdachts entzählen, dass der von Amerika sofort mit eifriger Zustimmung begrüßte Vorschlag, Peking zu räumen, von der Absicht eingeebnet ist, die herannahenden Truppenverstärkungen und ganz besonders den Generalissimus Grafen Waldersee gar nicht mehr zur Action kommen zu lassen oder doch eine Situation zu schaffen, die Deutschland vor die Wahl stellt, sein Programm für China: volle Sühne und feste Zukunftsbürgschaften, nach dem kleineren Maßstab der übrigen Mächte einzufordern oder allein den Kampf mit China durchzufechten. Die deutsche Diplomatie wird in diesem Augenblieke die höchste Behutsamkeit ausüben müssen, um eine Isolierung Deutschlands in Ostasien zu verhindern, ohne sich doch von ihrem Ziele abdrängen zu lassen.

Berlin, 8. Aug. Der Kaiser soll, wie die „Welt am Montag“ von besonderer Seite erfährt, am Sonnabend bei dem Festmahl den Offizieren gegenüber geäußert haben, er werde keines-

falls Peking aufgeben und wenn alle Armee-corps mobilisiert werden müssten.

Die russische Regierungshandlung

veröffentlicht der „Regierungsbote“ wie folgt: „Um für die Zukunft keinen Anlass zu irgend welchen Missverständnissen oder unrichtigen Deutungen bezüglich weiterer Absichten Russlands zu geben, geruhen der Kaiser dem Verweser des Ministeriums des Auswärtigen zu befehlen, an die im Auslande accredited russischen Vertreter folgendes Circulartelegramm zu richten:

Die in dem Circulartelegramm des Verwesers des Ministeriums des Auswärtigen vom 25. August den Mächten dargelegten Ziele, welche die kaiserliche Regierung gleich von Anfang der chinesischen Wirren bezeichnet, bestanden in Folgendem: 1. Beschützen der russischen Gesellschaft in Peking und Sicherstellung der chinesischen Mächte zur Unterwerfung unter den Willen der Mächte. Die Kaiserin-Witwe und ihre Berater haben sich rechtzeitig von Peking zu flüchten und in Sicherheit zu bringen gewusst, und das erschwert natürlich die Erreichung des zweiten Ziels des Juges nach Peking. Aber es fällt schwer, zu glauben, dass die Räumung Pekings die Mächte diesem Ziele näher bringen könne. Iwar wird geltend gemacht, nur die Rückkehr der Kaiserin-Witwe und ihrer Berater nach der Hauptstadt ihres Reiches könne der chinesischen Regierung jene Autorität dem eigenen Volke gegenüber wiedergeben, die sie haben müssen, wenn Verhandlungen mit ihr einen Zweck und Sinn haben sollen. Allein die Medaille hat auch ihre Reversseite: die Gefahr liegt nahe, dass die Chinesen in der Räumung Pekings durch die verbündeten Truppen ein Zeichen des Unvermögens der Mächte erkennen werden. Chinas militärisch Herr zu werden, und es könnte leicht geschehen, dass die Mächte sich in ein paar Wochen gewussten seien würden, den Chinesen diesen Irrwahn mit drastischen Mitteln auszutreiben. Das erste Mittel könnte doch nur ein abermaliger Marsch nach Peking sein, und wer weiß, ob dieser sich dann ebenso verhältnismäßig leicht durchführen lassen würde, wie der erste.

Als in Folge dessen alle interessirten Mächte beschlossen, mit gleichen Zielen Truppen nach China zu senden, da schlug die kaiserliche Regierung als Richtschnur bezüglich der chinesischen Begebenheiten folgende Grundprinzipien vor:

1. Aufrechterhaltung des gemeinsamen Einvernehmens der Mächte. 2. Aufrechterhaltung der früheren Staatsordnung in China. 3. Befreiung von allem, was zu einer Aufstellung des himmlischen Reiches führen könnte. 4. Mit gemeinsamen Kräften Herstellung einer gesetzlichen Centralregierung in Peking, welche im Stande ist, allein Ordnung und Ruhe zu bewahren.

In diesen Punkten bestand fast zwischen allen Mächten Einvernehmen. Da die kaiserliche Regierung keine anderen Zwecke verfolgt, wird sie weiter standhaft ihrem früheren Aktionsprogramm treu bleiben. Wenn der Gang der Ereignisse, wie der Abriss der Rebellen auf unsere Truppen in Nutschwang, und eine Reihe feindseliger Handlungen der Chinesen an der Grenze unseres Staates, z. B. die Beschiebung von Blagoweschtschensk Aufland zur Einnahme von Nutschwang und zum Einrücken der russischen Truppen in Gebiete der Mandchurie veranlassen, so können solche zeitweiligen Maßregeln, welche ausschließlich durch Ungeachttheit hervorgerufen sind, um aggressive Handlungen der chinesischen Rebellen abzuwehren, keinesfalls von irgend welchen selbstsüchtigen Plänen Bezeugt geben, welche der Politik der kaiserlichen Regierung vollkommen fremd sind. Sobald in der Mandchurie erste Ordnung wiederhergestellt ist, die unangänglichen Maßregeln zum Schutz der Eisenbahnen ergreifen sind, deren Bau noch eines besonderen formellen Einvernehmens mit China bezüglich der Concessions bedarf, welche der Gesellschaft der chinesischen Ostbahn verliehen werden soll, wird auch das Nachbarreich Russland nicht ermangeln, seine Truppen aus diesen Gebieten zurückzurufen, vorausgesetzt, dass die Handlungsweise der anderen Mächte nicht im Wege steht. Es ist offenbar, dass die Interessen der anderen auswärtigen Mächte und internationalen Gesellschaften in dem von Russland besetzten, für den internationalen Handel offenen Nutschwang, welche auch auf der Eisenbahnhilfe, die von unseren Truppen wiederhergestellt wird, unverletzt bleibt und völlig gesichert sind. Durch die Einnahme Pekings ist die erste Hauptaufgabe, welche sich die kaiserliche Regierung setzte, die Befreiung der Mächte mit allen sich in der belagerten Stadt befindlichen Ausländern, erreicht. Die zweite Aufgabe, die Mitwirkung einer gesetzlichen Centralregierung zur Herstellung der Ordnung und der regelmäßigen Beziehungen zu den Mächten, erscheint bisher schwierig in Folge der Abreise des Kaisers, der Kaiserin-Kegent und des Tsingli-Yamen aus der Residenz. Unter solchen Bedingungen findet die kaiserliche Regierung nicht hinlänglichen Grund, dass die Gesellschaften weiter in Peking verweilen. Sobald eine gesetzliche chinesische Regierung die Zügel in die Hände nimmt und mit Vollmachten versetzte Vertreter zu Verhandlungen mit den Mächten ernannt hat, wird Russland nach dem Einvernehmen mit allen auswärtigen Regierungen seinerseits nicht ermangeln, zu diesem Zwecke Bevollmächtigte nach jenen Orten zu senden, wo die Verhandlungen stattfinden werden.

Landeszeitung. Demnach weilt der Prinz Carl Otto wieder in der Residenz oder vielmehr auf Schloss Waldesron und es schien alles in Frieden weiter zu bestehen, wie bisher. Das Fräulein sah verdrossen drein. Keine Nachricht, keine Botschaft drang zu ihr, — wozu war sie eigentlich bei der hohen Dame gewesen? — Die einzige bemerkbare Veränderung brachte diese selbe Zeitung, ein Blatt, welches mit dem Hofstaats Führer behielt. War sie unverschämt oder erstaunt? — Genug, seit einiger Zeit enthielten die Hofberichte immer unverhohlene Bemerkungen des Bedauerns darüber, dass des Landes einstige Hoffnung, Prinz Carl Otto, durch unglückliche Privatverhältnisse gebunden und in seinem Wollen gehindert sei.

Wenn Flore solche Artikel übersah, so las sie ihr die Lindenbach mit dem entrüsteten Kommentar: „Wie tactlos! — Wie unangenehm!“ — auf das genaueste vor.

Im September war Lores Hochzeit. Etwa vierzehn Tage später erhielt Flore ein Briefchen der Schwester, aus Bellaggio, wo das junge Paar einige Wochen zu verbringen gedachte. Das Briefchen war sehr lakonisch, aber die Empfängerin las es wieder und wieder mit freudigem Lächeln:

„Liebe Flore! Die mit angeborene Wahrheitsliebe bringt mich gerade. Dir gegenüber das Bekennniß ab, dass ich vollkommen glücklich bin, weil ich sehe, dass ich einen Menschen glücklich mache. Daran, dass dies der Fall ist, daran, dass wir zwei beiden wirklich von Anbeginn an für einander geschaffen wurden, zweifelt nicht länger deine treue Schwester Loreto v. Lindenbach. (Fortsetzung folgt.)

